

EUROPÄISCHES PARLAMENT

2004



2009

Ausschuss für internationalen Handel

2007/2255(INI)

25.2.2008

STELLUNGNAHME

des Ausschusses für internationalen Handel

für den Entwicklungsausschuss

zur Politik Chinas und deren Auswirkungen auf Afrika
(2007/2255(INI))

Verfasserin der Stellungnahme: Erika Mann

PA_NonLeg

VORSCHLÄGE

Der Ausschuss für internationalen Handel ersucht den federführenden Entwicklungsausschuss, folgende Vorschläge in seinen Entschließungsantrag zu übernehmen:

- A. unter Hinweis auf die Strategische Partnerschaft zwischen der EU und Afrika und auf den Gemeinsamen Strategie- und Aktionsplan EU-Afrika (2007) sowie auf die Partnerschaft EU-Afrika in den Bereichen Handel und regionale Integration sowie Wissenschaft, Informationsgesellschaft und Weltraum,
- B. unter Hinweis auf die Eröffnung der Partnerschaft zwischen der EU und Afrika zu Infrastruktur (2007), die verdeutlicht, dass in Infrastrukturverbindungen (Verkehr, Energie, Wasser und IKT) investiert werden muss, wenn eine nachhaltige Entwicklung gefördert werden soll,
- C. unter Hinweis auf die Stellungnahme des *EU-Africa Business Forum* anlässlich des zweiten EU-Afrika-Gipfeltreffens (2007),
 1. weist darauf hin, dass knapp 9 % der EU-Einfuhren aus Afrika stammen, wovon die Hälfte energiebezogene Produkte, 23 % Industriegüter und 11 % Nahrungsmittel und landwirtschaftliche Erzeugnisse sind; verweist darauf, dass Afrika 8,3 % der EU-Ausfuhren aufnimmt, wovon 78 % aus den Bereichen Maschinenbau, chemische Substanzen und Industriegüter kommen; Südafrika ist der größte Handelspartner der EU (Import und Export); bedauert, dass der Handel zwischen Europa und Afrika immer weiter zurückgeht, wenngleich die EU nach wie vor Afrikas wichtigster Handelspartner ist;
 2. weist darauf hin, dass sich Chinas rasche Wirtschaftsentwicklung in den letzten zwanzig Jahren in erheblichem Maße auf die Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zwischen der EU und China im Allgemeinen ausgewirkt hat, wobei der gesamte Handel in beide Richtungen seit 1978 um mehr als das Sechzigfache zugenommen hat und 2005 einen Gegenwert von 210 Mrd. EUR ausmachte; weist darauf hin, dass während die EU zu Beginn der 1980er-Jahre noch einen Handelsüberschuss verzeichnete, 2005 jedoch schon ein Defizit von 106 Mrd. EUR - ihr größtes Defizit gegenüber einem Handelspartner überhaupt - entstanden war; China ist nunmehr nach den USA der zweitgrößte Handelspartner der EU; und dass im Jahr 2000 die EU mit China ein bilaterales Abkommen über den Marktzugang, abschloss, was einen entscheidenden Schritt auf Chinas Weg in die WTO darstellte, und dass dieser Zugang die Strukturen des Welthandels in vielerlei Hinsicht verändert hat;
 3. weist darauf hin, dass etwa 3,6 % der chinesischen Einfuhren aus Afrika stammen und Afrika 2,8 % der chinesischen Ausfuhren aufnimmt; weist darauf hin, dass der Gegenwert des Handels zwischen China und Afrika von 2 Mrd. \$ 1999 auf ca. 39,7 Mrd. \$ 2005 angewachsen ist und dass China mittlerweile Afrikas drittgrößter Handelspartner ist, so dass Afrika eindeutig Chinas neuer wirtschaftlicher Horizont wird, und dass China Hilfe-für-Öl-Strategien sehr erfolgreich an außenpolitische Instrumente koppelt;

4. nimmt die Tatsache zur Kenntnis, dass China in Infrastrukturen investiert, was von entscheidender Bedeutung für die Beschleunigung des Wachstums, die Verringerung der Armut und die Erhöhung der Handelskapazität ist; spricht sich dafür aus, dass die EU einen größeren Teil ihrer Haushaltsmittel für Entwicklungshilfe in Infrastrukturprojekte umleitet, die nicht attraktiv genug für Direktinvestitionen aus dem Ausland sind;
5. weist darauf hin, dass China in den letzten paar Jahren ein explosives jährliches Wirtschaftswachstum von durchschnittlich 9 % erlebt hat und zu einer führenden Exportnation geworden ist; betont, dass Chinas Wiedererstarke und Aufstieg zur Weltwirtschaftsmacht die Lage bei den Handelsströmen und auf den Weltmärkten grundlegend verändert hat; stellt fest, dass China zur Förderung dieser Expansion Nettoimporteur von Erdöl sowie zahlreichen anderen Rohstoffen und Waren geworden ist und seine Nachfrage zu erheblichen Preissteigerungen bei allen mineralischen und landwirtschaftlichen Rohstoffen geführt hat;
6. weist darauf hin, dass etwa 40 % der gesamten Zunahme bei der weltweiten Nachfrage nach Öl in den letzten vier Jahren China zuzuschreiben ist; betont, dass 30 % der Rohöleinfuhren Chinas aus Afrika kommen; hebt hervor, dass die Abhängigkeit Chinas von Erdöl-, Mineralien- und anderen Rohstoff-Importen wohl weiter wachsen wird und dass es bis 2010 voraussichtlich 45 % seines Erdölbedarfs einführen wird; betont, dass Chinas steigender Energiebedarf und sein Streben nach einem Ausbau seiner Energieeinfuhren es veranlasst haben, in Afrika nach Öllieferanten zu suchen; hält es für höchst wichtig, dass die EU alle in Afrika tätigen politischen Kräfte und Investoren auffordert, die Vorschriften zum sozialen und wirtschaftlichen Schutz, die die Weltbank 2002 für die Bergbauindustrie erlassen hatte, genau einzuhalten;
7. sähe in der EU-Politik generell gerne einen Ansatz nach dem Motto "Mehr Europa in Afrika"; wünscht eine bessere Sichtbarkeit Europas (Stärkung des Bildes von Europa als Region) und eine stärkere Präsenz europäischer Mittlerorganisationen in Afrika (mehr bilaterale Handelskammern, eine Europäische Auslandskammer, mehr europäische Foren für die Geschäftswelt, enge Kontakte mit der europäischen und afrikanischen Diaspora), die wesentlich für die Festigung der wirtschaftlichen Bindungen zwischen der EU und Afrika sind;
8. betont, dass Chinas aggressive Handelspolitik die Interessen Europas auf dem afrikanischen Kontinent wie auch den Zugang der Europäischen Union zu Rohstoffen erheblich beeinträchtigt, wobei diese zwar immer noch der größte Geber für Afrika ist, die geleistete Hilfe in den letzten zehn Jahren jedoch nicht an einen nennenswerten Ausbau ihrer Handelsbeziehungen zu den Staaten Afrikas zu knüpfen vermochte;
9. betont, wie wichtig es für Afrika ist, eine eigene China-Strategie auszuarbeiten; ist der Auffassung, dass eine solche Strategie sehr viel dazu beitragen kann, die Handelsbeziehungen zwischen China und Afrika auf eine von mehr Gegenseitigkeit geprägte Grundlage zu stellen; betont ausdrücklich, dass diese Strategie bei einer stärkeren Beteiligung afrikanischer Arbeitskräfte an chinesischen Projekten in Afrika, einer wachsenden Bereitschaft Chinas zur Weitergabe von Technologie und einem besseren Zugang zum chinesischen Markt für typisch afrikanische Ausfuhr Güter wie Kaffee, Kakao und Lederwaren ansetzen muss;

10. nimmt zur Kenntnis, dass die Umsetzung der Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (WPA), insbesondere ihrer die nachhaltige Entwicklung betreffenden Bestandteile, und der Abschluss der Doha-Runde sowohl für die EU und als auch für die Länder Afrikas wegen der verbesserten Handelsmöglichkeiten Vorteile bringen könnten; spricht sich dafür aus, dass die Kommission durch konkrete Maßnahmen zum Aufbau von Kapazitäten und Handelsförderungsprogramme in Afrika Unterstützung leistet; insbesondere könnte die EU den Privatsektor beim Aufbau effizienter Labors für Produkt- und Nahrungsmitteltests unterstützen; dies würde die Ausfuhrmöglichkeiten in die EU (und möglicherweise auch nach China) verbessern und für verlässlichere Testmöglichkeiten auf den lokalen Märkten sorgen;
11. stellt fest, dass der handelspolitische Ansatz Chinas Afrika gegenüber im Unterschied zu der Strategie der Europäischen Union auf Beziehungen zu den einzelnen Staaten beruht und wenig Rücksicht auf Menschenrechte, soziale Verantwortung des Unternehmens und Umwelt- und Sozialstandards nimmt, was China in Afrika einen nicht unerheblichen Wettbewerbsvorteil verschafft;
12. sieht eine Verzerrung des internationalen Wettbewerbs, da die neuen Wettbewerber aus den aufstrebenden Märkten nicht den strengen OECD-Bestimmungen betreffend Umwelt und soziale und ethische Standards unterliegen, die sodann in einzelstaatliches Recht der OECD-Vertragsstaaten umgesetzt wurden; spricht sich dafür aus, dass die Kommission sich für eine internationale Unterstützung dieser Standards einsetzt;
13. betont, dass die besondere Aufmerksamkeit Chinas für den afrikanischen Kontinent und der Erfolg seiner Politik ein Beweis für das Potential Afrikas insbesondere hinsichtlich seines Angebots an Rohstoffen und Energiequellen sind; ist in diesem Rahmen der Auffassung, dass viel Raum für einen Ausbau der Handelsbeziehungen zwischen der Europäischen Union und Afrika besteht, der für beide Partner von unbestreitbarem Vorteil wäre;
14. spricht sich nachdrücklich dafür aus, dass die Kommission die so genannten "Interimsabkommen über Wirtschaftspartnerschaft", das "Alles außer Waffen"-Abkommen (*Everything but Arms* – EBA) - und das Abkommen über die am wenigsten entwickelten Länder (LDC) daraufhin überprüft, ob und, wenn ja, wie der mit diesen Abkommen gewährte günstige Marktzugang den von Afrika aus operierenden chinesischen Firmen in störender, unverhältnismäßiger und unbeabsichtigter Weise zugute kommt;
15. nimmt zur Kenntnis, dass Afrikas künftige Wirtschaftsentwicklung für die Europäische Union zu Recht einen Schwerpunkt darstellt; nimmt zur Kenntnis, dass "Handel und regionale Integration" zu den vier politischen Schwerpunkten der Gemeinsamen EU-Afrika-Strategie gehören;
16. weist darauf hin, dass eine generelle Diversifizierung des Handels für Afrika einen Schlüsselfaktor darstellt, mit dem verlässliches Wirtschaftswachstum in allen Staaten Afrikas bewirkt werden kann; betont, dass die Ausfuhren chinesischer Produkte nach Afrika die Entwicklung der afrikanischen Industrie nicht behindern und deren Wettbewerbsfähigkeit nicht zerstören dürfen;
17. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, kurzfristig mit den afrikanischen

Staaten eine Strategie zur Nutzung ihrer Rohstoffvorkommen zu entwickeln, da es langfristig in ihrem eigenen Interesse ist, die Rohstoffvorkommen unter eigener Kontrolle zu erschließen und die Rohstoffe sowie weiterverarbeitete Produkte auf den Weltmärkten selbst zu vermarkten;

18. fordert die Kommission auf zu bewerten, in welchem Maß sich in der WTO tatsächlich Qualitätsparameter für die internationalen Handelsbeziehungen aushandeln lassen, insbesondere im Hinblick auf die Möglichkeit, durch Messung und Kennzeichnung des ökologischen Fußabdrucks von Verarbeitungs- und Produktionsmethoden zwischen ähnlichen Produkten (so genannten "like-products") zu unterscheiden und inwieweit die Überwachung der WTO-Handelspolitik durch multilaterale Umweltabkommen intensiviert werden kann;
19. spricht sich dafür aus, dass sich die Kommission und die Mitgliedstaaten mit China auf die Erstellung gemeinsamer Standards in Afrika einigen, was die Beschäftigung und Fortbildung der örtlichen Arbeitskräfte im Einklang mit international anerkannten Arbeitsnormen betrifft; befürwortet eine Zusammenarbeit mit örtlichen Vertragsnehmern und Zulieferern und den Transfer von technischem Know-how; spricht sich für Umweltschutz durch die Aufbereitung von Abfällen und anderen gebrauchten Materialien sowie Maßnahmen zur Energieeffizienz aus;
20. sieht die Kooperation und technische Hilfe im Bereich der Rohstofferschließung und -vermarktung als wichtiges Element eines europäischen Angebots für Afrika an; fordert daher, insbesondere im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit verstärkt Programme zur Aus- und Fortbildung in diesen Bereichen bereitzustellen;
21. spricht sich dafür aus, dass die Kommission im Rahmen der laufenden Verhandlungen mit China über ein neues Handelskapitel im Partnerschafts- und Kooperationsabkommen auf verbindlichen Äußerungen zu den grundlegenden Arbeitsnormen der IAO, der sozialen und umweltpolitischen Verantwortung der Firmen, Maßnahmen gegen Sozial- und Umweltdumping, den Empfehlungen der IAO für menschenwürdige Arbeit und der Aufrechterhaltung der Anforderungen aus den internationalen Menschenrechtsabkommen besteht;
22. befürwortet Bemühungen, europäische Vertragsnehmer dazu anzuhalten, örtliche Arbeitskräfte und den örtlichen Privatsektor für Projekte zu nutzen und für Nachhaltigkeit über die gesamte Dauer eines Projekts zu sorgen; betont die Bedeutung eines vergrößerten, diversifizierten Privatsektors für nachhaltige Entwicklung und die Linderung der Armut auf dem afrikanischen Kontinent;
23. hält die Bildung regionaler wirtschaftlicher Rahmenbedingungen und einer verstärkten regionalen Zusammenarbeit der Staaten Afrikas für überaus wichtig für die nachhaltige Wirtschaftsentwicklung Afrikas; weist darauf hin, dass das Engagement Chinas in Afrika zu einer stärkeren Unterstützung der regionalen Handelszusammenarbeit der Staaten Afrikas führen sollte;
24. spricht sich dafür aus, dass die Kommission generell einen hochrangigen Meinungsaustausch mit den chinesischen Amtskollegen über die jeweilige Entwicklungspolitik und Möglichkeiten der Verbesserung der gegenseitigen

Zusammenarbeit einleitet;

25. ist der Ansicht, dass die dringliche Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele eine nachhaltige Entwicklung in den Ländern Afrikas mit mehr auf lokaler Ebene erzieltm Einkommen erfordert; meint, dass dies unter anderem die ökonomische Diversifizierung weg von der Abhängigkeit von Rohstoffausfuhren und eine stärkere regionale Integration umfassen sollte;
26. erkennt an, dass für europäische Wirtschaftsinvestitionen in Afrika Wettbewerbsnachteile bestehen, und zwar durch die offene oder versteckte Subventionierung chinesischer Projekte und Angebote durch die chinesische Regierung (oder vollständig in Staatseigentum befindliche Firmen), durch die höheren Kosten der sozialen und wirtschaftlichen Standards, die die chinesischen Wettbewerber nicht anwenden, durch die gebundene Hilfe Chinas, aufgrund derer europäischen Firmen eine Beteiligung an den mit chinesischer Hilfe finanzierten Projekten verwehrt wird, und durch den für europäische Firmen beschränkten Zugang zu Instrumenten der Risikodeckung für Finanzierung und Investitionen;
27. begrüßt die Tatsache, dass China Mitglied der Initiative des Washingtoner Artenschutzabkommens (*CITES-Convention on International Trade in Endangered Species of Wild Fauna and Flora*) ist; regt an, dass China im Handel mit Afrika das CITES voll und ganz respektiert, da durch das Abkommen sichergestellt werden soll, dass der internationale Handel mit wildlebenden Tier- und Pflanzenarten deren Überleben nicht gefährdet; begrüßt in diesem Zusammenhang die Unterzeichnung des neunjährigen Moratoriums zum Elfenbeinhandel im Juni 2007;
28. fordert die Kommission auf, mit China Gespräche über eine konkrete Unterstützung der "*Extractive Industries Transparency Initiative*", die es bereits gutgeheißen hat, aufzunehmen;
29. steht den zinsgünstigen Krediten Chinas im Rahmen „gebundener Hilfe“ und der systematischen Subventionierung der staatlichen chinesischen Baufirmen im internationalen Wettbewerb kritisch gegenüber; weist darauf hin, dass China umgekehrt seinen heimischen Markt durch ein diskriminierendes Qualifizierungssystem schützt, das einer von der Generaldirektion Handel der Kommission in Auftrag gegebenen Studie zufolge den Marktanteil ausländischer Auftragnehmer von 6% vor Chinas WTO-Beitritt auf heute weniger als 1 % hat schrumpfen lassen;
30. erinnert daran, dass China 2007 die *China Investment Corporation Ltd.* mit einem Kapital von 200 000 000 000 \$ gegründet hat, was derzeit das sechstgrößte staatliche Vermögen weltweit darstellt;
31. erinnert daran, dass die staatlichen chinesischen Firmen bei Investitionen in Afrika offenkundig große Risiken eingehen können; stellt fest, dass der chinesische Energiekonzern CNOOC Ltd. angekündigt hat, für 2 270 000 000 \$ einen 45 %-igen Anteil an einem Offshore-Ölfeld in Nigeria erwerben zu wollen;
32. nimmt zur Kenntnis, dass die Strategische Partnerschaft EU-Afrika die Entwicklung der heimischen Märkte und der regionalen Integration als strategische Priorität erkannt hat;

diese Strategie soll durch eine Partnerschaft EU-Afrika zu Handel und regionaler Integration unterstützt werden; in diesem Zusammenhang wird im Ersten Aktionsplan (2008-2010) die Umsetzung der Infrastrukturpartnerschaft EU-Afrika gefordert, die einen Schwerpunkt bei der Unterstützung von Investitionen in eine nachhaltige Infrastruktur in allen relevanten Bereichen darstellen soll;

33. erkennt eine deutliche Kürzung des Mittelanteils, der von den afrikanischen Regierungen und den Entwicklungshilfeagenturen in den 90er-Jahren vergeben wurde; erkennt ferner, dass die Unterstützung der Mitgliedstaaten für Wirtschaftsinfrastrukturen und Dienstleistungen im letzten Jahrzehnt hauptsächlich im Verkehrswesen und teils auch im Energiesektor geschwunden ist;
34. spricht sich dafür aus, dass die Kommission schnellere EU-Entwicklungshilfeverfahren schafft, was die Infrastrukturen betrifft; dies könnte für gleiche Augenhöhe mit den chinesischen Firmen sorgen, denen die sehr prompte Reaktion der für Beihilfen zuständigen chinesischen Regierungsstellen oder von der Regierung geförderte Kreditvergabeverfahren zugute kommen;
35. spricht sich dafür aus, dass die Kommission und die Mitgliedstaaten eine Hierarchisierung der EU-geförderten Infrastrukturprojekte anhand ihrer Auswirkungen auf die regionale Integration und ihr Entwicklungspotential für den gesamten Kontinent ("Transafrikanische Netze") vornehmen; spricht sich dafür aus, dass Firmen, um von der Kommission Fördermittel erhalten zu können, Umwelt-, Sozial- und Finanzstandards einhalten müssen, die Teil des EU-Besitzstandes geworden sind;
36. spricht sich dafür aus, dass die Kommission eine Afrika-Task-Force“ aufstellt, die sich konsequenter mit den strategischen, politischen, handels- und infrastrukturbezogenen Herausforderungen und damit verbundenen Themen auseinandersetzen kann; eine solche Task-Force könnte auch dazu beitragen, gleiche Augenhöhe mit Wettbewerbern aus anderen Regionen herzustellen; dabei sollte das Hauptaugenmerk auf Exportfinanzierung, Exportkreditversicherungen, öffentliches Beschaffungswesen sowie Vorschriften und Verfahren für Transparenz gelegt werden;
37. erkennt, welche grundlegend positive Rolle die IKT generell für die Förderung von Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und die Schaffung von Arbeitsplätzen spielt; spricht sich dafür aus, dass die Kommission die bestehenden afrikanischen und europäischen Programme angleicht und dabei den Aufbau der IKT-Kapazitäten für KMU durch öffentlich-private Partnerschaften mehr in den Mittelpunkt stellt, damit sichergestellt wird, dass Institutionen aufgebaut und Maßnahmen ergriffen werden, um Investitionen, Innovation und Technologietransfer zu fördern;
38. erkennt an, dass der Zugang zu nachhaltigen Energiequellen von größter Bedeutung für beide Kontinente ist; die europäisch-afrikanische Partnerschaft sollte Versorgungssicherheit, Technologietransfer bei erneuerbaren Energiequellen, eine nachhaltige Ressourcennutzung und Transparenz der Energiemärkte umfassen;
39. unterstützt die EU-Afrika-Klimainitiative, um den Ländern Afrikas beim Umgang mit den schädlichen Auswirkungen des Klimawandels auf ihre Umwelt und ihre Volkswirtschaften beizustehen; unterstützt eine internationale Klimaschutzregelung für

die Zeit nach 2012, die den Mechanismus für umweltverträgliche Entwicklung („*clean development mechanism*“) verbessert und sektorbezogene Industriestrategien zur Verringerung des Ausstoßes von Treibhausgasen umfasst;

40. regt an, dass die Kommission, die durch die europäischen Finanzinstitutionen geleistete Investitionsrisikodeckung verbessert, um die Investitionsrisiken für den Privatsektor in strategisch wichtigen Bereichen wie Rohstoffen und Infrastruktur-Schlüsselsektoren (auch High-Tech-Sektoren) zu senken, was positiv zur Entwicklung der Länder Afrikas beitragen wird; meint, dass dies sicherlich gleiche Augenhöhe mit den in Staatseigentum befindlichen oder staatlich unterstützten chinesischen Unternehmen herstellen kann, die sich weniger um Risikomanagement kümmern müssen;
41. regt an, dass die Kommission, die Europäische Entwicklungsbank und die europäischen Agenturen für bilaterale Entwicklung, mehr Finanzmittel für die Infrastrukturentwicklung in Afrika in speziellen Fonds bündeln; empfiehlt, in der Aufbauphase eher den Wettbewerb betreffend Qualität, Nachhaltigkeit und die Lebenszykluskosten des Projekts im Auge zu behalten als die niedrigste Kostenschätzung; solche langfristigen Verträge würden sicherstellen, dass das Geld des europäischen Steuerzahlers der örtlichen Bevölkerung tatsächlich langfristig nützt und dass der Technologietransfer hin zur örtlichen Bauindustrie erleichtert und die örtliche Beschäftigung gesteigert wird;
42. steht der von europäischen und internationalen Finanzinstitutionen betriebenen Verlagerung von Projekthilfe zu Unterstützung aus dem Haushalt und von den internationalen Vorschriften für Bieterverfahren im öffentlichen Beschaffungswesen zu länderbezogenen Systemen des Beschaffungswesens skeptisch gegenüber; spricht sich dafür aus, dass die Kommission ihre Strategie neu bewertet und ihm vor dem nächsten EU-Afrika-Gipfeltreffen Bericht erstattet.

ERGEBNIS DER SCHLUSSABSTIMMUNG IM AUSSCHUSS

Datum der Annahme	25.2.2008
Ergebnis der Schlussabstimmung	+: 18 -: 3 0: 2
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Mitglieder	Kader Arif, Daniel Caspary, Françoise Castex, Christofer Fjellner, Glyn Ford, Jacky Hénin, Syed Kamall, Marusya Ivanova Lyubcheva, Erika Mann, Helmuth Markov, Cristiana Muscardini, Vural Öger, Georgios Papastamkos, Tokia Saïfi, Iuliu Winkler, Corien Wortmann-Kool
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellvertreter(innen)	Jean-Pierre Audy, Danutė Budreikaitė, Albert Deß, Elisa Ferreira, Carl Schlyter, Zbigniew Zaleski
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellv. (Art. 178 Abs. 2)	Luigi Cocilovo